



«Der einfache Arbeiter muss die Fehler der Politik ausbaden»

Von Berufs wegen haben Sie den grössten Teil Ihres Lebens in den Vereinigten Staaten verbracht. Inwiefern hat das Ihre Sicht auf Liechtenstein verändert?

Ich informiere mich fast täglich im Internet durch die liechtensteinischen Medien darüber, was hier passiert. Dabei habe ich das Gefühl, dass im öffentlichen Bewusstsein und in den Medien vor allem die Innenperspektive sehr stark betont wird, während die Aussenperspektive nur selten in grösserem Ausmass und differenziert dargestellt oder diskutiert wird. Obwohl Liechtenstein ein kleines Land ist, scheint es oft so, als ob man hierzulande

Der Literaturwissenschaftler und Philosoph Peter Gilgen lehrt seit 1997 an der Cornell University in Ithaca, New York. Er erklärt, wie im Zeitalter der Globalisierung das Leben im Ausland die Sicht auf Liechtenstein verändern kann.

keine Ahnung hat, wie man über dem Rhein und darüber hinaus gesehen wird. Das alles wird allenfalls unter dem Stichwort «Imageprobleme» abgehandelt, ins Detail wird kaum gegangen.

In letzter Zeit hat die Regierung in dieser Hinsicht einige Fortschritte gemacht. Auf politischer Ebene wird das Problem mittlerweile im globalen Zusammenhang betrachtet. Aber es gibt auch politischen Widerstand von Menschen, die das immer noch nicht akzeptieren und auf ihren seit vielen Jahren repetierten Argumenten beharren, die meines Erachtens den neuen Anforderungen nicht gerecht wer-



Peter Gilgen: «Als Liechtensteiner im Ausland war es oft nicht angenehm zu sagen, woher man kommt. Da wurde gleich gesagt: Ach, der Räuberstaat, der von Schwarzgeld lebt.»

den. Auch das gehört zur politischen Auseinandersetzung und Willensbildung. Wenn man jedoch länger im Ausland gelebt hat, sieht man, dass es zum jetzt eingeschlagenen Weg keine wirkliche Alternative gibt. Natürlich gibt es bei Verhandlungen bessere oder schlechtere Ergebnisse, man versucht, seine eigenen Interessen zu vertreten - das ist auch legitim. Dass aber gute Geschäftsideen unnötig geopfert worden seien, wie das die Treuhänder darstellen, davon kann keine Rede sein. Die Schwarzgeldstrategie ist endgültig vorbei. Wenn auf Beispiele wie Singapur, die Cayman Islands und die Kanalinseln verwiesen und sogar mit Auswanderung gedroht wird, muss man sagen: Es ist nur eine Frage der Zeit, ein Sumpf nach dem anderen wird trockengelegt werden. Es gibt einen ziemlich klaren internationalen Konsens in Bezug auf Finanzgeschäfte, an dem sich alle, die Global Players sein wollen, orientieren müssen.

Halten Sie diese Vorgehensweise der grossen Staaten in dieser Hinsicht für berechtigt?

Ich lebe in den USA und finde, dass die Amerikaner sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen oftmals verhalten wie der Elefant im Porzellanladen. Aber die generelle Tendenz grösserer Staaten ist sicher verständlich, wenn sie sagen: Es gibt gewisse Spielregeln, die wir international durchzusetzen versuchen. Man kann natürlich kritisieren, dass das ausgerechnet in einer Krisenzeit geschieht, wenn die Staaten das Geld brauchen. Aber das ist ja nicht illegitim - es war eher grosszügig, dass die Grossen gewisse Praktiken so lange akzeptiert haben.

Haben Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen im Ausland vielleicht eine andere Sicht auf solche Prozesse als die Menschen, die in Liechtenstein leben?

Wer länger im Ausland lebt, sieht sicher solche Dinge besser, denn es betrifft einen auch direkt: Als Liechtensteiner im Ausland war es oft nicht angenehm zu sagen, woher man kommt. Da wurde gleich gesagt: Ach, der Räuberstaat, der von Schwarzgeld lebt. Dieses Bild hat unser Image lange fast exklusiv bestimmt. Da habe ich mir manchmal gedacht:

Ich bin zwar selbst nicht an diesem Geschäft beteiligt, aber als Liechtensteiner ist mein Ruf trotzdem dahin.

Dass die Regierung in dieser Sache vorgeprescht ist, wie manche meinen - man könnte auch sagen: eine Vorreiterrolle eingenommen hat - indem sie internationale Standards umsetzte, das ist ganz wichtig. Denn Liechtenstein will ja die internationalen Standards auch in anderen Bereichen, beispielsweise was die staatliche Anerkennung betrifft. Wenn man gerade als Kleinstaat seine politische Selbstbestimmung international absichern will, dann hat man natürlich auch Verpflichtungen in anderen Bereichen. Man kann nicht einfach in denjenigen Bereichen internationale Anerkennung fordern, die einem gelegen kommen, und alles, was einem nicht so gut in den Kram passt, als unerlaubte Einmischung ablehnen. Das Denken in internationalen Dimensionen hat sich durchgesetzt, weil es in einer globalisierten Welt gar nicht anders geht. Dennoch bleibt für viele Leute die entsprechende innerstaatliche Umsetzung unverständlich. Aus der Aussenperspektive gesehen, ist aber seit mehr als 20 Jahren klar, dass der Weg in diese Richtung gehen muss. Wenn die Treuhänder jetzt sagen, sie hätten nicht genug Zeit gehabt, dann haben sie einfach nicht auf die Zeichen der Zeit geachtet. Immerhin gab es genug Skandale, die auch in der heimischen Presse aufgegriffen wurden und die überdeutlich anzeigten,

wohin die Reise zu gehen hatte. In der Bevölkerung gibt es verschiedene Tendenzen. Auf der einen Seite gibt es Angst um den Wohlstand des Landes, der zu einem wesentlichen Teil aus dem Banken- und Treuhandgeschäft gekommen ist. Auf der anderen Seite nehmen einige auch eine moralisch begründete Position ein und sagen: Wir wollen nicht vom Schwarzgeld von Steuerhinterziehern und Diktatoren leben.

Da teile ich klar die zweite Meinung. Ich würde auch sagen, mit dem Ausbildungsstand, den es generell im Land gibt und den man längerfristig vielleicht sogar noch verbessern kann, hat sich Liechtenstein in verschiedensten Bereichen - vor allem auch in der exportabhängigen Industrie - sehr gut positioniert. Es wurden Arbeitsplätze geschaffen, die weit über das verfügbare Potenzial im Land hinausgehen. Dass man für den eigenen Wohlstand auch etwas tun muss, dass man nicht einfach ein «Geschäftsmodell» anbieten kann, das darauf hinausläuft, die Verletzung internationaler Standards als Standortvorteil zu nutzen: Das sollte eigentlich klar sein. Regierungschef Klaus Tschütscher will nach eigenem Bekunden neue Massnahmen proaktiv umsetzen und nicht nur reaktiv. Auch wenn man über einzelne Schritte immer streiten kann, ist das generell der richtige Ansatz: Nicht nur dann etwas zu machen, wenn das Ausland uns unter Druck setzt, sondern aus eigenem Antrieb eine international akzeptable



Seit 1997 lehrt Gilgen als Professor im Department of German Studies an der Cornell University in Ithaca, New York.



le Rechtsordnung umzusetzen. Wenn man im Unrecht ist, dann ist klar, dass man Staaten wie den USA oder Deutschland nichts entgegensetzen kann. Darauf zu beharren, dass wir souverän sind und unsere eigenen Gesetze festlegen - das mag zwar politisch ein gültiges Argument sein, moralisch gesehen aber nicht. Da steht man vor allem als kleines Land auf einem verlorenen Posten, da man ja vom Wohlwollen der Grossen abhängig ist.

Sind Ängste in der Bevölkerung angesichts der momentanen Veränderungen nicht dennoch berechtigt?

Ich glaube nicht, dass Liechtenstein plötzlich verarmen wird, das vorhandene Know-how ist ausreichend. Allerdings kann es schon sein, dass die Steuereinnahmen längerfristig zurückgehen und dass das Land redimensionieren muss. Aus der Aussenperspektive gesehen, ist das auch gar nicht schlecht. Mit dem vorhandenen Geld wurde nicht immer das Beste gemacht.

Worin sehen Sie die Stärken des Landes?

Ein grosser Teil der Industrie ist nach dem Zweiten Weltkrieg durch Innovation entstanden. Natürlich kann man argumentieren, dass die Rahmenbedingungen für neue Unternehmen und Ideen damals besser waren als heute. Aber dieses innovative Denken würde ich mir wieder vermehrt wünschen - nicht nur im betriebswirtschaftlichen, sondern auch im volkswirtschaftlichen Sinn. Da muss man sich überlegen: Was sind denn wirklich Standortvorteile? Der starke Bildungssektor könnte sicherlich einer sein - noch viel mehr, als er es jetzt ist.

Das Sparprogramm der Regierung vor dem Hintergrund der Finanzkrise hat in Liechtenstein für viele Diskussionen gesorgt. Die USA haben um einiges stärker gelitten als Liechtenstein und verfügen gleichzeitig über viel schwächere Sozialsysteme. Wie sehen Sie die momentane Situation im Vergleich?

«Ich glaube nicht, dass Liechtenstein plötzlich verarmen wird.»

In den USA wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten und vermehrt in der Finanzkrise eine Umschichtung offensichtlich: Die Vermögenden wurden noch viel vermögender, während die finanziellen Probleme des Staates stets durch höhere Abgaben auf den Mittelstand oder über weniger Sozialleistungen gar auf die Armen abgewälzt wurden. Das ist ein Prozess, der in den USA begonnen hat und über Grossbritannien nach Europa ge-

kommen ist. Auch in Liechtenstein wird das allmählich deutlich: Der einfache Arbeiter muss die Fehler der Wirtschaftspolitik ausbaden und bekommt das Gefühl, dass er auf keinen grünen Zweig mehr kommt. Längerfristig kann er sich kein Haus mehr im Land leisten, muss froh sein, wenn er überhaupt die Miete bezahlen kann und nicht über den Rhein abwandern muss. Das Klima hat sich schon verändert - nicht nur in Liechtenstein. Die Konsequenz ist dann meist protektionistische Politik, derer sich vor allem populistische Politiker bedienen. Die haben wir in Liechtenstein glücklicherweise noch nicht; wobei, wenn man den Bericht über Neonazis in Liechtenstein liest, ist das für die Zukunft auch nicht gerade ermunternd. Eine weitere Folge der Entwicklung wird bei der AHV deutlich, die als Sozialsystem ja vor allem ärmere Menschen und den Mittelstand entlasten soll. Durch die Entscheidung, die Staatsbeiträge zurückzuschrauben, wurde sie in die Mangel genommen. Die Sparpolitik ist ja nicht unbegründet, aber sie sollte überlegt umgesetzt werden. Die Kürzung der Entwicklungshilfe beispielsweise war eine Schande; dass die AHV-Beiträge des Landes stark gekürzt wurden, ist auch bedauernswert. Die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten, ziemlich fairen Sozialsysteme sind eine Leistung, die wir bewahren müssen. Wenn man sich ansieht, welche Hochbauprojekte finanziert werden, muss man sagen: Das könnten wir uns leisten und es wäre wahrscheinlich die bessere, nachhaltigere Investition.

Sie haben vor allem wirtschaftliche Ungleichheit angesprochen, die es in beiden Staaten gibt, aber in den USA noch um einiges stärker als hier. Haben Sie das Gefühl, dass diese zunimmt?

Hier sieht man das Problem der Globalisierung, die - was politische Rechte und Menschenrechte betrifft - ihre guten Seiten hat. Aber das von Francis Fukuyama postulierte Credo, dass liberale Demokratie und Neoliberalismus in der Wirtschaft ursächlich zusammengehen sollen, hat sich innerhalb weniger



Peter Gilgen lebt seit Jahren in den USA.



Jahre als falsch erwiesen. Vor allem die USA vertreten diese Ideologie nach wie vor stark, obwohl es nach den letzten Wahlen eine kleine Kurskorrektur gegeben hat. Die Einkommensschere geht dementsprechend immer weiter auseinander, vor allem seit der Ära Ronald Reagan. Mit der in den USA nahezu sakrosankten und auch bei uns verbreiteten Einschätzung, dass er der grösste Präsident seit Langem war, kann ich nicht übereinstimmen.

Aus Ihrer Sicht eine schlechte Entwicklung? Sowohl in der Politik als auch in der Moralphilosophie wird ja oft darüber gestritten, ob Ungleichheit tatsächlich etwas Schlechtes ist. Manche Denker vertreten auch die These, dass es lediglich gilt, absolute Armut zu bekämpfen – unabhängig von den Einkommensunterschieden.

Ich denke, dass ein sozialdemokratisches System, wie wir es in Liechtenstein und Kontinentaleuropa im Allgemeinen haben, in dieser Hinsicht auf jeden Fall einem allzu libertären Staat vorzuziehen ist, obwohl es mittlerweile tatsächlich Finanzierungsprobleme gibt, die neue Lösungen fördern. Ein soziales Sicherheitsnetz braucht es einfach in einem gewissen Ausmass, damit der Einzelne sein Bestes geben kann und dadurch letztlich auch wieder der Gemeinschaft nützt. In Amerika gibt es viele Menschen, deren Potenzial gar nicht zum Tragen kommt. Sie werden, um es brutal zu sagen, zu menschlichem Abfall. Die böse Ironie dabei ist, dass viel Talent unnütz verloren geht und dies den Staat, der ja die Leute nicht einfach auf der Strasse sterben lassen kann, erst noch viel kostet. Staatsstrukturen dienen so gesehen in gewissem Mass immer den Schwächeren, dadurch aber

letztlich auch dem Staat selbst und wirken so auch den negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegen. Was mich allerdings in den USA beeindruckt, sind die vielen Privatinitiativen, wenn jemand in Not ist, während in Europa oft sehr schnell nach dem Staat gerufen wird. Da muss man aber auch sehen, dass es meist um Einzelfälle geht und dass in Ermangelung staatlicher Hilfe dennoch sehr viele Menschen durch die Maschen fallen.

Die Grundstruktur des liechtensteinischen Systems würde ich nicht antasten – was aber nicht heisst, den Status quo unkritisch als bestmöglichen Zustand anzusehen, an dem es nichts mehr zu verbessern gibt. Im Gegensatz zum Fürsten glaube ich zum Beispiel auch, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe ist, volkswirtschaftlich gesehen vielleicht sogar die wichtigste. Die von Fürst und Stellvertreter angedachte Einführung von Bildungsgutscheinen halte ich für keine gute Idee. Dass sie sich in den USA bewährt hat, stimmt nicht. Zwar funktioniert das Modell in einigen wenigen Fällen, in ärmeren Schuldistrikten aber gar nicht. Durch Bildungsgutscheine wird Kapital von öffentlichen Schulen abgezogen, gleichzeitig können sich ärmere Menschen immer noch keine guten Schulen allein durch die Bildungsgutscheine leisten. Aber man kann über ein solches Modell natürlich nachdenken, vor allem in Kombination mit anderen Ideen wie beispielsweise einem umfassenden Finanzausgleich oder neuen Schultypen.

Die Freie Liste brachte Ende des vergangenen Jahres das Wahlrecht für Auslandslichtensteiner aufs Parkett. Gibt es bei Ihnen als politisch interessiertem Auslandslichtensteiner das Bedürfnis, bei

den Geschicken des Landes ein Mitspracherecht zu haben?

Ich würde mir das sehr wünschen. Ich bin dem Land sehr verbunden, verbringe jedes Jahr viel Zeit im Land und interessiere mich für die politischen Vorgänge hier. Zu sagen, dass sich Auslandslichtensteiner nicht mehr für die inländische Politik interessieren, ist sicher falsch; die meisten, die ich kenne, wissen wahrscheinlich sogar besser Bescheid als viele, die im Land leben. Liechtenstein bedeutet mir viel, meine Identität hängt stark mit meiner Herkunft zusammen. In Abwandlung einer amerikanischen Redensart könnte ich die Situation vielleicht so formulieren: Man kann zwar den Liechtensteiner aus Liechtenstein entfernen, nicht aber Liechtenstein aus dem Liechtensteiner. Deshalb sollte das Recht zur politischen Mitbestimmung auf Landesebene meines Erachtens gar keine Frage sein.

Vermehrt gibt es auch das Problem, dass viele Bürger es sich nicht mehr leisten können, hier zu bauen und deshalb über den Rhein ziehen. Dass jemand, der aus wirtschaftlichen Gründen in Sevelen oder Buchs wohnt, politisch nicht mehr mitbestimmen darf – das finde ich eine ziemlich harte Entscheidung.

Auslandslichtensteiner würden aus meiner Sicht eine neue Perspektive in die Politik einbringen. Die Aussensicht des Landes, von der wir anfangs gesprochen haben, würde so in den politischen Prozess integriert – als eine Art Frühwarnsystem. Ausserdem wären Wortmeldungen aus dem Ausland, sei es in Leserbriefen oder über andere Medien, eine nicht zu unterschätzende Bereicherung der politischen Auseinandersetzung im Land. Es wäre eine Win-win-Situation für beide Seiten.

Martin Hasler